

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 261.

Montag, den 7. November 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der starke Mann von Frankreich.

„Den besten Eindruck“ soll die Entwicklung des Ministeriums Briand nach rechts in den Wandelgängen der französischen Kammer gemacht haben. So läßt der Renegat in der französischen Regierung seine Preßmamelucken in die Welt telegraphieren. Daraus ist wohl der objektive Schluß erlaubt, daß die nunmehr fertige Umgestaltung des Kabinetts von allen Seiten mit höchstem Mißtrauen verfolgt wird. Ein abtrünniger Sozialist, der, einst selbst der Lobpreiser des Generalstreiks, sich anschickt, um die republikanische französische Regierung alles zu sammeln, was der Arbeiterbewegung Steine in den Weg zu werfen bereitet ist — das ist sicher kein anmutendes Bild, selbst für die Reaktionsäre nicht, die in allen Ländern nach dem „starken Mann“ suchen.

Die neue Zusammensetzung des französischen Ministeriums wird hauptsächlich durch die Ausschiffungen gekennzeichnet, die ihr vorangehen mußten. Vor allem wurde das Kabinett von ehemaligen Sozialisten gereinigt. Der stille Viviani, wie der geschmeidige Millerand mußten gehen, da sie den Augenblick der Würde, selbst den Abschied zu nehmen, nicht hatten finden können. Welche untergeordnete Rolle der Arbeitsminister in den letzten Monaten nur noch spielen durfte, hat der Pariser Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ dieser Tage ausgeplaudert. Die Großkapitalisten, die bei Briand stets offene Türen fanden, hatten ihn völlig isoliert. Er war nicht einmal mehr eine Dekoration der Regierung, er war längst ihr totes Glied. Der kapitalistische Einfluß hatte es abgeknüpft. Und es gehört zu den anziehendsten Beobachtungen, die man in diesen lebhaften Tagen bei der kapitalistischen Presse aller Länder machen konnte, daß dieselbe „Frankf. Zeitung“, deren Beobachter in Paris so gut gesehen und berichtet hatte, diese Mitteilungen einfach ignorierte. In ihrer jüngsten Betrachtung schiebt die „Frankf. Ztg.“ die Schuld dafür, daß sich Briand nach rechts wende, demjenigen Teil seiner Parteifreunde zu, die sich aus Ekel von ihm abkehrten. Sie verwehrt gekünstelt Urteile mit Wirkung. Auch die linke Gruppe der bürgerlichen Radikalen mißtraut dem Diktator Briand, weil sie ihn vom Kapitalismus der Eisenbahngesellschaften gefangen und zum Prophet der organisierten Ungeselligkeit gesunken sieht. Viviani muß weichen, weil er ein unbehaglicher Arbeitsminister mit sozialistischen Beziehungen ist. Millerand hat diese Beziehungen zwar längst nicht mehr, aber er will doch den Eisenbahnern das Streikrecht nicht nehmen. Er war noch so klug und besonnen, zu erklären: „Eine solche Maßnahme wäre undurchführbar und deshalb wirkungslos und hätte den schweren Nachteil, wie eine unnötige Provokation zu wirken.“ Es ist also ganz klar, daß die sozialen Klassen-gegensätze das alte Ministerium Briand sprengten. Die Neubildung kann nur den Zweck haben, ministerielle Freunde der Eisenbahnkönige hereinzuholen. Und da bringt es das am meisten linksstehende Blatt des deutschen Liberalismus fertig, im Gegensatz zu den Informanten seiner eigenen Korrespondenten die anständigen französischen Radikalen mit dem Vorwurf zu belaften, daß sie es seien, die Briand nach rechts trieben! Arger kann man die Dinge nicht auf den Kopf stellen. Aber man sieht, daß die goldene Walze des Kapitalismus überall gleichmäßig wirkt, im deutschen Liberalismus wie in der französischen Regierung. Die kapitalistische Korruption der bürgerlichen Parteien ist international.

Was die neue französische Regierung an Positivem bringt, sowohl an neuen Männern, als an neuen Programmpunkten, ist denn auch danach. Der neue Justizminister Girard hat seinerzeit gegen die Eisenbahnverstaatlichung sowohl, als die Altersversicherung der Arbeiter gestimmt. Der neue Arbeitsminister La erre ist zum Vock im Garten bestellt. Er leidet ungefähr ebenso am Sozialistenkoller als Eugen Richter, der bekanntlich an dieser Krankheit politisch starb. Der neue Finanzminister Klog gilt als Vertreter einer einflussreichen Gruppe von Großfinanziers, die längst den Sturz Cocherns wünschte, weil dieser bisherige Inhaber des Amtes auf Tod und Leben mit der Einführung der Einkommensteuer verbunden war. Und dann die Lösung der Eisenbahnfrage! Sie soll anscheinend ebenso verlogen und unfähig vor sich gehen, wie Briands ganzes Verhalten im Eisenbahnstreik war. Nach den neuesten Ankündigungen wird das berühmte Schiedsgericht nach Genfer Muster aufgestellt. Das klingt so reformatorisch und so arbeitertreulich, und ist doch so koalitionsfeindlich. Es soll offenbar das sogenannte obligatorische Schiedsgericht werden. Jede Arbeitsdifferenz muß vor dieses Gericht, in dem die Unternehmer und die Regierung die Mehrheit

haben, gebracht werden, und jede Lohnbewegung außerhalb dieses Schiedsgerichts ist verboten. Das bedeutet die völlige Auslieferung der Eisenbahner an das „Wohlwollen“ der Eisenbahngesellschaften. Und es bedeutet die Eskamotierung jeder Möglichkeit, durch starke Lohnbewegungen wenigstens eine Art moralischen Druckes auf das Schiedsgericht ausüben zu können. So lang das „homogene“ Ministerium des sozialistischen Renegaten bei den verbrauchtesten sozialen Rezepten der bürgerlichen Sozialpolitik an. Der Kreislauf vom anarchistischen Generalstreiker zum arbeitertreulichen Sozialreformer ist geschlossen.

Das ist kein Beruhigungsministerium für Frankreich. Die Wogen der Klassenkämpfe werden unter ihm noch höher schlagen als vorher. Aber der Klassenkampf selbst wird eine höhere Stufe der Entwicklung erklimmen. Es ist doch unmöglich, daß der Fall des ehemaligen Gestimmungsgenossen auf die französischen Generalstreiker ohne erzieherische Wirkung bleibt. Sie sehen, wie leicht der anarchistische Deklamator zum Diktator des Kapitalismus umschlägt, und es kann ihnen unmöglich entgehen, daß die Schutzwehr für die Arbeiterklasse in der engsten Verbindung der gewerkschaftlichen mit der sozialistischen Bewegung besteht. Die geschlossene Massenorganisation gegen die desorganisierenden Streiber! Das muß die Lösung der französischen Proletarier aller Berufe mehr als je werden. Dann ringen sie den abtrünnigen Briand so gut nieder, wie wir in Deutschland einen Bismarck mit seinem Sozialistengefetz zuchanden gemacht haben.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die preussischen Staatsstreicher.

Die von dem frommen „Reichsboten“ in verbrecherischem Leichtsinne beifürwortete Revolution von oben stößt in Süddeutschland selbst bei den klerikalen Freunden dieses politischen Traktatensblattes auf starken Widerstand. So heißt es in der klerikalen „Augsburger Postzeitung“ über die Forderung des deutschen Reichsoberhauses, durch das der Reichstag zum alten Eisen geworfen werden soll:

„Das ist eine ebenso unsinnige wie unmögliche Forderung. . . Unsinnig ist die Forderung, weil die einzelnen Volksvertretungen und Fürsten nur dem Bundesstaate „Deutsches Reich“ beitreten unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß ein Einkammersystem, das auf breiterer demokratischer Grundlage beruht, für das Parlament der neueren Staatenbildung zu gelten habe. Fällt diese Voraussetzung fort, so würde staatsrechtlich für Regierungen und Volksvertretungen die Frage aktuell werden, ob nicht hierdurch der deutsche Bundesstaat aufgehört hätte, zu existieren. Unsinnig wäre ferner die Forderung, da sie der ganzen kulturellen Entwicklung des Deutschen Reiches Hohn spräche und einen revolutionären Zustand herbeiführen würde.“

In Ostelbien mag man sich derartigen Januskäusern hingeben, im ganzen Süden und Westen wie auch im mittleren Deutschland lehnen alle staatsverhaltenden Elemente von vornherein jede Diskussion über diese Phantastereien ganz energisch ab; . . . sie sind für keinen Staatsstreich, in welcher Form er auch immer geplant sein sollte, zu haben. . . Dieser Standpunkt muß einmal den Staatsstreichgehirnen einer kleinen, aber sehr rührigen norddeutschen politischen Clique gegenüber höchst unzweideutig betont werden!

Bemerkenswert ist, daß die zum schwarzbauen Block haltenden norddeutschen Zentrumsblätter Worte der entschiedenen Abwehr der Staatsstreichgehirne bisher nicht gefunden haben. Das preussische Zentrum macht mit den Junkern alles mit, wenn es dabei politische Geschäfte zu machen glaubt.

Die „freihetliche Entwicklung“ im Süden Deutschlands.

Der Vorstand der nationalliberalen Partei des ersten württembergischen Wahlkreises (Stuttgart) hat, Preßmeldungen zufolge, in seiner Sitzung am Mittwoch, den 3. November, die schärfste Kritik daran geübt, daß in letzter Zeit verschiedenen Staatsbeamten von ihrer vorgesetzten Behörde der Verzicht auf ihre bisherige politische Tätigkeit nahegelegt worden ist.

Die Maßnahmen der Regierung richten sich in erster Linie gegen liberale Beamte, so gegen den Professor Rindermann an der landwirtschaftlichen Hochschule zu Hohenheim bei Stuttgart. R. ist ein eifriger Agitator der nationalliberalen Partei. Wie verlautet, soll er bei der nächsten Reichstagswahl gegen die Sozialdemokratie kandidieren. Der erste Kreis (Stuttgart) ist aber durch einen rechtsnationalliberalen Kandidaten der Sozialdemokratie nie und nimmer zu entziehen. Prof. Rindermann

versucht es also mit der schärferen Tonart. Das hat ihm nicht nur den Unwillen des führenden nationalliberalen Organs, des „Schwäb. Merkur“ zugezogen; auch die Konservativen haben kein Verständnis für die Taktik des Herrn Professors. Das konservative Organ, die „Deutsche Reichspost“, gab deshalb der Regierung einen Wink mit dem Zaunpfahl, daß „so etwas“ nicht gelitten werden dürfe, und die „freihetliche“ gestimmte Regierung folgte prompt der Anweisung.

Neben Herrn Prof. Rindermann hat ein jungliberaler Amtmann namens Bazille, ständiger Mitarbeiter an der „Südd. Reichskorrespondenz“, das Mißfallen etwelcher einflussreicher Politiker erregt. Ganz besonders ist der Stuttgarter Oberbürgermeister v. Gauß dem Herrn Bazille gram, denn der junge Amtmann hat wiederholt die Tätigkeit des Herrn Oberbürgermeisters scharf kritisiert, sowohl in liberalen Versammlungen, wie in der Presse. Der Oberbürgermeister, im Nebenamt volksparteilicher („demokratischer“) Landtagsabgeordneter, hat sich vor nicht langer Zeit beschwerdeführend an die dem Amtmann vorgelegte Behörde gewendet und behauptet, sein Kritiker Bazille habe seine im Amt erworbene Wissenschaft zur Kritik verwendet.

Doch nicht nur nationalliberale Beamte, auch Beamte, die dem Zentrum angehören, politisieren und agitieren eifrig; so z. B. der Landgerichtsrat, Reichs- und Landtagsabgeordneter Gröber, der Führer des württembergischen Zentrums; weiter der Oberlandesgerichtsrat und Landtagsabgeordnete v. Kiene, Vizepräsident der Zweiten Kammer, Vorsitzender der Zentrumsorganisation Stuttgart. Sollen auch diese ihre politische Tätigkeit einstellen? Daran denkt ficherlich die „liberale“ Regierung Württembergers auch im Traume nicht! Diese Herren können nach wie vor Zentrumsagitator schärfster Art betreiben, ohne um ihr Richtergehalt irgend welche Sorgen zu müssen.

Reichstagsersatzwahl.

Bei der Reichstagsersatzwahl für den durch den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Dr. v. Skarzynski freigewordenen Wahlkreis Posen 4 (Neutomischel-Gräb-Kosten-Schmiegel) wurden abgegeben für v. Morawski (Pole) 15 965 und für Schwarzkopf-Rose (Deutscher Kompromißkandidat) 4568 Stimmen. v. Morawski ist gewählt. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen war in diesem, zu dem festesten Besitz der Polen zählenden ländlichen Kreis gering.

Vorarbeit für die Zuchthausvorlage.

Der „Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen“ hielt im Oktober in Düsseldorf eine Sitzung ab. In dieser Sitzung wurde eine Entschließung angenommen, wonach die Mitglieder des Vereins aufgefordert werden, im Hinblick auf Moabit Material zu sammeln, welches für einen verstärkten gesetzlichen Schutz der Arbeitswilligen durch Streikende und insbesondere durch Streikposten soll verzeichnet werden. Die Mitglieder werden verpflichtet, die Materialsammlung eifrig und schnell zu betreiben, da das gesammelte Material bei der Beratung der Strafprozeßordnung noch benutzt werden soll.

Reiß für die Gummizelle!

Für das tobüchtige Scharfmachergeheul der reaktionären Presse ist folgender Ausbruch der agrarischen „Allensburger Landeszeitung“ charakteristisch.

„Man wird wieder zum Kriegsberichterstatter, denn in der nächsten Nachbarschaft von Moabit wird bereits wieder das Gelände für den heutigen Nachtkampf rekonstruiert. Alle Kneipen von Berlin sind voll von „Organisierten“, die sich Mut zu dem Kampf um das Weddingviertel antrinken und draußen auf dem Asphalt wird im Auftrag der Polizei Sand gestreut, damit die Schutzmannsperde bei etwa nötigen Attacken nicht ausgleiten. Für den Fall, daß wieder die Straßenlaternen zertrümmert und ganze Straßenblöcke in Dunkelheit gelegt werden, sind Magnesiumfackeln auf dem Polizeirevier in der Alteschen Straße bereit gestellt; auch werden fahrbare Metallschleppwagen noch erwartet, ganz wie im Festungsstrategie im Kampfe um besetzte Feldstellungen. Umgekehrt schleppen die „Organisierten“ Ziegelsteine in ihre Wohnungen und zeigen einander verlockend ihre Ausrüstung: Schlägling, Brecheisen, Revolver, Browning. Man laßt sich verführen an den Kopf, daß so etwas in Deutschland überhaupt möglich ist, daß nicht bereits alle Kataklyben der Parteibühnen ausgehoben sind und Militär die ganze Gegend gesäubert hat. Die anständige Bevölkerung am Wedding kocht vor Mut. Sie versteht es nicht, daß man so milde ist.“

„Ist es gleich Wahnsinn, so ist es doch die bekannte Scharfmachermethode!“

Die Justizkommission

revidiert ihr Werk unaufhörlich rückwärts. Mit einem Eifer, der einer besseren Sache wert sein würde, schlägt die Kommission in zweiter Lesung wieder zusammen, was sie bei der ersten Beratung hier und da aufgebaut hat. Alles, was ein wenig nach Fortschritt aussieht, wird unbarmherzig wieder auseinandergerissen.

In der Sonnabend-Sitzung z. B. wurde der in erster Lesung beschlossene 2. Absatz des § 254 wieder gestrichen. Diese Bestimmung sagte, daß, wenn in einer Beleidigungssache die Ermittlung des Tatbestandes dadurch erschwert oder gehindert wird, weil einem Beamten die Genehmigung zu einer Zeugenaussage verweigert wurde, das Gericht das Verfahren einzustellen oder auf Freispruch zu erkennen hat. — Der Beschluß verknüpfte die Regierung sehr stark; denn nun hätten sich in Zukunft die Polizeibeamten oder anderen Beamten mit der Willkür über mit dem Bloßstellen ihrer Aussagen nicht mehr hinter die verweigernde Genehmigung stecken können. Die Nationalliberalen und die Konservativen beantragten deswegen die Streichung dieser Bestimmung, für welche auch außer den Antragstellern die Zentrumsabgeordneten stimmten, die in erster Lesung in ihrer Mehrheit für diese Verbesserung des bestehenden Zustandes eingetreten waren. — Die Regierung sieht höchst befriedigt schmunzelnd zu, wie prompt und gründlich die Mehrheit jeden Wunsch der Herren aus dem Reichsjustizamt erfüllt.

Beim § 266 wurden die Beratungen vertagt.

Dertel hegt weiter.

Unter den Blättern, die seit Wochen eine maßlose Hege gegen die Sozialdemokratie treiben, steht die „Deutsche Tageszeitung“ an der Spitze. Fast keine Nummer, in der nicht versucht wird, die Regierung in irgend einer Weise scharf zu machen. Die Agrarier haben natürlich noch mehr als andere Parteien Anlaß, auf eine Anebenlung der Sozialdemokratie hinzuwirken. Gelänge es, diesen Feind bei den nächsten Wahlen geknebelt am Boden liegen zu haben, dann wäre für die Agrarier das Feld offen. Am Sonnabend scheint man in der Redaktion der „Deutschen Tageszeitung“ den Verstand fast völlig verloren zu haben. Gleich an zwei Stellen wird die Sozialdemokratie der Regierung als Objekt für eine verschärfte Gesetzgebung vorgeschrieben. Zunächst ist es der Artikel des „Vorwärts“, der den Jaren als Schnorrer und Verschwörer bezeichnete. Ruffischer als die Ruffen selber, regt sich die „Deutsche Tageszeitung“ nun darüber auf und erblickt darin den Beweis, daß unser Strafgesetzbuch wirklich einer Änderung bedarf, und zwar müsse unbedingt und möglichst sofort etwas in dieser Richtung geschehen. Das deutsche Volk dürfe nicht dulden, daß ein Gast des Kaisers in solcher Weise geschmäht werde. Was jedem Privatmann recht sei, müsse doch schließlich auch dem Träger der Krone heilig sein.

Die „Deutsche Tageszeitung“ übersieht hier ganz, daß es dem russischen Kaiser unbenommen ist, Strafantrag wegen Beleidigung zu stellen, allerdings ist er nicht in der Lage, den Wahrheitsbeweis abzuschneiden. Vielleicht bemüht sich die „Deutsche Tageszeitung“, um nach dieser Richtung hin einen Erfolg zu erzielen. Sie würde damit ihre Ruffen-Rachtseligkeit im hellsten Lichte erstrahlen lassen können.

Unser Offenbacher Parteiblatt hat den Fahnen-eid behandelt und die Auffassung vertreten, die Sozialdemokratie müsse Aufklärung in die Köpfe der Rekruten bringen, damit der Fahneid nicht länger ein Fallstrick sei, der sie immer wieder von neuem in die Knechtschaft der Nachhaher bringt. Darin erblickt die „Deutsche Tageszeitung“ eine Aufreizung zum Bruche des Fahnen-eides und sie bewertet diese „Aufreizung“ fast gleichbedeutend mit Hochverrat. Bei dem Einfluß, den die Agrarier zurzeit auf die Regierung haben, ist es allerdings nicht ausgeschlossen, daß diese maßlose Hegelei in irgend einer Form einen Erfolg zeitigen wird.

Der Abg. Stresemann als sächsischer Agent des Hansabundes.

Der Verband sächsischer Industrieller verbreitet den Aufruf des Hansabundes zur Selbstammung für den Reichstagswahlfonds. In einem dem Hansabund-Aufrufe beigegebenen Zirkular, das von dem Abg. Stresemann unterzeichnet ist, heißt es:

Gerade in Sachen wird der Kampf um die nächsten Reichstagswahlen ein besonders erbitterter sein. Wir erstreben im Einzelnen mit dem Hansabund eine Wirtschaftspolitik, welche mit derselben Entschiedenheit die industrie-feindliche Haltung der Sozialdemokratie, wie eine einseitige Beeinflussung unserer Wirtschaft und steuerpolitischen Gesetzgebung im Sinne des Großagrarierturns bekämpft.

Aus diesem Grunde wird der Verband sächsischer Industrieller seinerseits auf Schaffung eines Verbandswahlfonds verzichtet, aber durch Beteiligung an der Verwaltung des sächsischen Fonds in der Lage sein, seinen Einfluß nach der Richtung einer industrie- und gewerbe-feindlichen Vertretung im deutschen Reichstag geltend zu machen. Wir bemerken besonders, daß die aus dem Königreich Sachsen eingehenden Beiträge der Industrie und Kaufmannschaft auch in erster Linie für die Unterstützung industrie- und gewerbe-feindlicher Kandidaten in Sachsen verwendet werden sollen.

Daß Stresemann in Sachen von einer industrie-feindlichen Sozialdemokratie spricht, was der Hansabund in seinem Aufrufe vorfälligerweise unterläßt, braucht bei den besonderen Verhältnissen in Sachsen nicht wunderzunehmen. Dort wo sich der Kampf der nationalliberalen Hansabundler gegen die Sozialdemokratie richtet, muß man nicht Partei, die man sonst so gern als industrie-freundlich und Vorposten im Kampfe gegen die Agrarier befragt, als industrie-feindlich verdächtigen. Bei dieser verlogenen Logik war es aber sehr ungeschickt von den Stresemannern, daß sie den Bildbogen des Hansabundes dem Aufruf beilegen, der ja gerade den Industriearbeiter gegenüber dem Agrarierturn in so anfechtlicher Weise hervorhebt.

Die katholische Kirche als Stütze schwankender Throne.

Unter der Überschrift „Schwankende Throne“ bringt die „Allgemeine Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung“ eine anstrengliche Anpreisung der katholischen Kirche als Stütze schwankender

Throne. Der Artikel knüpft an die Ferrer-Demonstration in Rom an, die anfänglich wegen der Cholera-Gefahr verboten, aber nach Erscheinen eines offenen Briefes an den König erlaubt worden sei. Die „Germania“ sagt dazu:

„Trauriger kann die Rolle kaum mehr werden, die der König von Italien zu spielen gezwungen wird. Er ist nur mehr ein mehr oder minder gefügiges Werkzeug in den Händen der verschiedenen Umsturzelemente, die vergeblich nur gegen die Kirche kämpfen und den König und die Regierung in diesen Kampf mit Gewalt hineinzuziehen wollen, aber doch nur allzudeutlich zu erkennen geben, daß sie dem Thron ebenso feinfelig gesinnt sind, wie dem Altar, und den Thron nur so lange dulden wollen, als er sich als Mittel zur Untergrabung der Autorität der Kirche und somit auch jeder auf Gott beruhenden Autorität gebrauchen läßt.“

Soll der König von Italien so wenig staatsmännisch veranlagt sein, um die engen Beziehungen zwischen den Feinden der Religion und denen der staatlichen Ordnung nicht schon längst erkannt zu haben? Oder kann er sein Königtum nur halten durch weitgehende Konzessionen an die Kirchenfeinde? Jedenfalls treibt er ein sehr gefährliches va banque-Spiel. Leider ist er nicht der einzige Fürst, der sich durch eine so unselige Politik Schonzeit für seine Krone sichern will. Man denke an König Alfons von Spanien und an den entthronten König Manuel von Portugal, dessen Schicksal am besten beweist, daß ein Monarch sich am wenigsten durch „antiklerikale“ Maßregeln retten kann. Wir nennen hier auch Leopold II. von Belgien. Noch kurz vor seinem Tode ließ er den Chefredakteur des Br. . . (Freimaurer), Frick, der Brüsseler Chronique nach Kap Ferrer kommen mit dem Bemerkung, er sei ein alter Abonnent des Blattes, und derselbe Br. . . Frick schrieb vor kurzem:

„In diesem Sturmwind, der den portugiesischen Thron umwarf, wurde auch der Altar etwas erschüttert. Das war ganz in der Ordnung; die alten Gefährten, der Thron und der Altar, sind ganz dazu geschaffen, um von einem gemeinsamen Geschick heimgesucht zu werden. Es wäre ein Wunder, wenn der eine unversehrt bliebe am Tage, wo der andere abgetan wird.“

Wir haben diesem Bekenntnis einer „schönen Seele“ nichts weiter hinzuzufügen. Wir fragen nur, was man anderwärts mit einer Schwächung des Einflusses der katholischen Kirche durch Gesetzgebung, Verwaltung und durch die konfessionelle Hege erreichen will. Das wissen am besten die Anarchisten, Republikaner und die Br. . . die eibrückigen Offiziere der portugiesischen Armee und Marine. Es wäre ein Wunder, wenn der Thron unversehrt blieb am Tage, wo der Altar — die katholische Kirche — abgetan wird. Denn sie ist die beste Stütze der staatlichen Ordnung. Was kann man nicht allein aus den Wahlen ersehen, sondern aus jedem katholischen Katechismus.

Die „Germania“ schneidet mit ihrer reklamehaften Empfehlung der katholischen Kirche stark auf; nicht nur, daß Bischöfe die Revolution und sogar den Königsmord unter Umständen für gerechtfertigt erklären, die katholische Kirche weiß sich in der Regel auch sehr gut mit der Republikanismierung abzufinden, wenn nur ihre Interessen dabei nicht zu kurz kommen.

Unsere lieben Gäste.

Die scharfmacherische „Post“, das Berliner Organ des Zentralverbandes der Industriellen, veröffentlicht von dem lieben Besuch in Potsdam das folgende herzige Stimmungsbild:

„Der Park von Sanssouci und der des Neuen Palais schwärmt von Kriminalbeamten. Viele russische Polizisten bewegen sich auf dem Bahnhofs- in den Wartesälen und selbst an den verschwiegensten Orten. Es sind martialische Gestalten mit echt russischen Kosatengesichtern, hie und da wulstige schwarze Knebel- und Schnurrbärte. Sie sprechen leise miteinander, um sich durch ihre schwermütige, singende Sprache nicht zu verraten. Dabei haben sie ihre Augen überall, und in jeden Parkbusch blicken sie hinein. Jede Ecke durchsuchen sie und messen bestanzogene Leute mit seltsamen Blicken, die fuchsig aufleuchten und schnell wieder harmlos werden, um ihren wahren Charakter zu verbergen.“

Eine inympathische Gesellschaft, in der Tat! Man muß sie bloß ansehen, um sie gleich lieb zu gewinnen!

Die Reform der Reichs- und Staatsangehörigkeit.

In der Scharfpresse wird darauf aufmerksam gemacht, daß der in Aussicht gestellte Gesetzentwurf, der diese Frage endlich regeln soll, doch noch gewisse Schwierigkeiten zu bestehen habe. Die Marinerverwaltung ist dafür, daß die Deutschen im Auslande nicht mehr ohne weiteres ihr Staatsbürgerrecht verlieren, weil sie damit eine Stärkung der Stützpunkte für die Marine im Auslande erhofft. Der Kriegsminister wiederum ist dagegen, weil er befürchtet, daß sich dann die Zahl der jungen Leute, die sich dem Heeresdienst entziehen, erheblich vermehren könnte. Der Reichskanzler selber scheint wie gewöhnlich zwischen den beiden Extremen hin- und herzuschwanken.

Gegen die Schiffsabgaben.

Im Auftrag der Hafenstädte des Oberrheins hat der Stadtrat in Karlsruhe eine Eingabe an den Reichstag abgehen lassen, in welcher die schwersten Bedenken zum Ausdruck kommen, die gegen die Einführung von Schiffsabgaben sprechen.

Die Scharfmacher gegen das Arbeitskammergesetz.

Der Vorstand der scharfmacherischen Organisation, die sich die Schlö- und Grubenbarone in Rheinland-Westfalen geschaffen haben, nahm in seiner jüngsten Sitzung Stellung zum Arbeitskammergesetz. Die Stellungnahme dieses Vereins pflegt für die Regierung Befehl zu sein. In dem genannten Gesetz bekräftigen die Scharfmacher: Der Entwurf ist unannehmbar. Sie hoffen, daß über die Hauptdifferenzpunkte: Ausdehnung des Gesetzes auf die Staatsbetriebe und Wählbarkeit der Arbeitersekretäre, eine Verständigung nicht zustande kommt. Man würde sonst darin eine neue Nachgiebigkeit gegenüber der Sozialdemokratie erblicken müssen. Wie das Ergebnis der

Wahlen der Knappschaftsältesten gezeigt habe, erreicht man mit Entgegenkommen an die Arbeiterschaft stets das Gegenteil des Gewollten. — Herr Debrück weiß also, was die Leute verlangen, deren Sachwalter er ist.

Der fortschrittliche Abgeordnete Mommsen,

Bankdirektor in Berlin, hat in einer Wählerversammlung seines Danziger Reichstagswahlkreises erklärt, daß er zugunsten eines einheimischen Kandidaten auf eine Wiederkandidatur bei der nächsten Reichstagswahl verzichte. Ob sich Mommsen anderwärts aufstellen lassen will, hat er in jener Versammlung nicht gesagt.

Der Krieg als Rettungsmittel.

Mit den Vorkommnissen in Moabit befaßt sich auch die „Allgemeine Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung.“ Sie verurteilt genau in derselben Weise wie die übrige reaktionäre Presse diese Vorkommnisse, findet aber dann eine Erklärung dafür in dem Umstand, daß die Menschen Heldentaten verüben wollen. Weil wir aber seit 40 Jahren in Deutschland keinen Krieg mehr gehabt haben, macht sich die Sucht, Heldentaten zu verüben, in dieser Weise geltend. Das Blatt erwartet Abhilfe, wenn es zu einem Krieg käme, weil dann der Eifer, der nach Befriedigung drängenden Volksteile in entsprechender Weise abgeleitet werden könnte.

Rußland.

Die russische Konstitution und der Galgen. Aus Anlaß des soeben stattgefundenen fünften Jahrestages der Proklamierung der russischen „Konstitution“, veröffentlicht die russischen Zeitungen statistische Daten, die die Regierungskunst Nikolaus II. in bengalischem Lichte erscheinen lassen. Ungerechnet die zahlreichen Strafexpeditionen, die Tausende von Personen hingerichteten, forderten die Feld- und Kriegsgerichte, die in dieser Periode ununterbrochen arbeiteten, bloß nach den unvollständigen Angaben der Presse 6273 Opfer, von denen 3168 hingerichtet wurden. Den Charakter der Verbrechen, für die die Todesstrafe zuerkannt wurde, ist aus den offiziellen Angaben für 1909 ersichtlich. Aus diesen Angaben geht man, daß von 630 Hingerichteten nur 6 für militärische Vergehen zur Verantwortung gezogen wurden. In demselben Jahre wurde laut Mitteilung der Zeitungen die Todesstrafe zuerkannt: für Diebstahl einer halben Fische Schnaps, für Inbrandsetzung eines Heuhaufens usw. Die Epidemie der Hinrichtungen schonte auch Minderjährige und Frauen nicht.

Frankreich.

Unruhen in Französisch-Westindien. In Brest wurde ein Kreuzer beordert, unverzüglich nach Guadeloupe abzugehen. Diese Maßnahme soll mit den daselbst ausgebrochenen Unruhen im Zusammenhang stehen. — Auf den französischen Antillen haben die Wahlen fast regelmäßig Unruhen im Gefolge. Die jeweilige Regierungspartei sorgt nämlich mit Hilfe der Präfekten und sonstigen Beamten für „gute Wahlen“, die auf höchst einfache Weise, nämlich dadurch erreicht werden, daß die Stimmzettel der Opposition vernichtet oder für ungültig erklärt werden. Natürlich wollen sich das die Wähler nicht gefallen lassen, und es kommt zu Unruhen, zu deren Unterdrückung dann die bewaffnete Macht einschreiten muß. Unter Briand, der seine „sozialistischen“ Freunde Gerault-Richard und Legitimus gewählt wissen will, ist die Wahlmacht frecher als je betrieben worden.

Portugal.

Die Sozialisten und die Regierung. Der Zentralrat der Sozialisten sprach sich dahin aus, daß der provisorischen Regierung keine Schwierigkeiten bereitet werden dürften. Er bedauere, trotzdem gewisse Vorbehalte hinsichtlich des jüngsten Dekrets über die Presse machen zu müssen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 7. November.

Eine Lohnerhöhung von 15 Prozent wurde den städtischen Arbeitern auf sozialdemokratischen Antrag vom Bürgerausschuß einstimmig bewilligt. Leider nicht in Lübeck, sondern im benachbarten Wismar. Wie wir erfahren, haben auch die hiesigen städtischen Arbeiter Lohnerforderungen gestellt. Es bleibt abzuwarten, ob die in Betracht kommenden Behörden an Einsicht hinter dem Bürgerausschuß in Wismar zurückbleiben. Daß eine 15prozentige Lohnerhöhung für die von der Teuerung besonders betroffenen Arbeiter eine unbedingte Notwendigkeit ist, wird wohl niemand bezweifeln.

Die Fahrt des Parceval 6 von Kiel nach Hamburg. Der „P. 6“ ist gestern nachmittags 8 1/2 Uhr bei trübem Wetter in Altona-Bahrenfeld eingetroffen und gelandet. Über den Verlauf der Fahrt wird berichtet:

Kiel, den 6. November. Das Luftschiff „P. 6“ ist heute vormittags 11 Uhr 50 Minuten mit acht Passagieren zur Fahrt nach Hamburg aufgebrochen. Das Luftschiff nimmt infolge des unsichrigen Wetters den direkten Kurs.

Neumünster, den 6. November. „P. 6“ hat um 1 Uhr Neumünster in südlicher Richtung passiert. Das Wetter ist unklar.

Quickborn, den 6. November. „P. 6“ passierte hier um 2 Uhr 35 Minuten in der Richtung Hamburg-Altona.

Der Luftballon „Parceval 6“ kommt vorläufig nicht nach Lübeck, wie aus folgender Meldung aus Hamburg, 7. November, ersichtlich ist: Das Luftschiff „Parceval 6“ ist in der verflochtenen Nacht infolge der böigen Winde an der Halle beschädigt und infolgedessen undicht geworden. Der Ballon wird daher abmontiert und mit der Bahn nach Berlin zurückgebracht werden. — Sobald sich günstigeres Wetter einstellt, soll der „P. 6“ eine besondere Fahrt nach Rostock und Lübeck unternehmen. Diese Zusage hat die Charlottenburger Luftverkehrs-Gesellschaft gegeben.

In dem uns von Herrn Schiffsmaler Möller mitgeteilten heutigen Telegramm der Luftschiffahrtsgesellschaft heißt es, daß die Fahrt nach Lübeck nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben ist. Der „Parceval“ übernachtete bei stürmischem Wetter auf der Bahrenfelder Reimbahn im Freien. Heute morgen sah sich sein Führer, Herr Stellung, veranlaßt die Reizeleine zu ziehen und das Gas ausströmen zu lassen. Der Ballon, der nicht beschädigt ist, wird per Bahn nach Bitterfeld transportiert.

Von griechischer Plastik. Beim Revisite über den letzten Vortrag ist in der 22. Zeile ein Zwischenfall in der Feder geblieben und dadurch eine Sinnentstellung entstandene. Der Bildhauer Phidias ist selbstverständlich nicht der Vater

Die deutsche Festungszeit.

Zu Fritz Reuters Gedächtnis (7. November).

Die preussischen Schulen sind angewiesen, am 7. November des 100. Geburtstags Fritz Reuters zu gedenken. Es soll aber nur eine Gedächtnisfeier niederen Grades, so nebenbei, sein; kein großer patriotischer Lärm ersten Grades. Das schlechte Gewissen des Preussentums, das sich schamhaft scheut, eines von ihm grauenvoll Mißhandelten zu gedenken, ist es wahrlich nicht, das diese diskrete Behandlung veranlaßt; so zartlich ist das preussische System nicht. Aber man hat die dunkle Vorstellung, daß dieser Reuter ein Skribent ist, der die Leute nicht nur lachen macht, sondern der auch preussische Schande, Gottesgnadentum und Sunkerhohn mit seinen Humoren bitterernst gerichtet hat.

Wenn aber an diesem Tage ein Lehrer zu seinen Schülern ein Wort der Wahrheit zu sagen wagen dürfte, so müßte er sprechen: „Fritz Reuter feiern, heißt nicht nur seine Werke lesen, sondern auch zu seiner Ehre ein Gelübde ablegen. Die Vorgänger der Machthaber von heute haben diesen Mann rechtsmäßig und geselos zum Tode verurteilt, zu dreißig Jahren Festungshaft begnadigt, sieben volle Jahre seiner blühenden Jugend ihn durch die Pfisthöhlen von Gefängnissen und Festungskerkeren geschleift, und sie haben das Leben des Dichters, der den Menschen so viel Freuden gesendet hat, für immer gebrochen. Denn als man ihn in die Freiheit entließ, verfolgte ihn der Unhold, mit dem er in den Jahren preussischer Kerkerqual einen unblödsichen Pakt geschlossen hatte, der ihn immer wieder überfiel und ihn nicht mehr losließ: der alkoholische Zwang, der Säuerwahn. Die Schuldbigen dieses Martyriums sind in ihren Anschauungen und Mitteln die gleichen geblieben, und sie herrschen noch heute, mächtiger denn je. Zwar hegt man heute nicht mehr Studenten und nicht mehr Leute, die nach deutscher Einheit ringen: denn diese Studenten sind längst ins Lager der Feinde aller Freiheit übergegangen, und eine Art deutscher Einheit, die freilich nur eine preussische Einheit ist, haben wir nun ja gewonnen. Aber heute hegen dieselben Gewaltthäter die Erben jener freiheitlichen Bestrebungen, das Proletariat; immer noch bereit zu jeder Mißhandlung und Unterdrückung, zu jeder Beugung des Rechts und jeder blutigen Brutalität. Das Verbrechen, das an unserm Fritz Reuter verübt wurde, wird erst gesühnt, wenn dieses Preussentum von Grund aus umgestaltet ist, und von den Herren von gestern und heute nicht ein einziger mehr Macht und Gewalt hat. An solchem großen und schweren Werke mitarbeiten, das sollt ihr geloben — zur Ehrung des Mannes, dessen wir heute gedenken.“

So müßte ein Lehrer der Wahrheit sprechen. In Reuters Ut mine Festungstid und in seinen Briefen ist eine Epoche lebendig geblieben, an der auch die preussentollsten Geschichtsschreiber mit eiliger Scheu vorbeischießen. Behandelt man sie aber, so liebt man es, von Verirrungen der Regierung zu sprechen, die längst überwunden und durch große nationale Taten mehr wie gut gemacht seien. Auch versucht man eine wahrheitswidrige Zuteilung der Schuld. Der österreichische Staatsmann Metternich wird für all die Greuel der Zeit von 1813 bis 1848 verantwortlich gemacht, während in Wahrheit Preußen in der Welt vortan war, in jener Folterpolitik, mit der das Erwachen politischer Regungen in der Nation, die Sehnsucht, von dem Absolutismus des Sunker- und Polizeistaates loszukommen, niedergehegt wurde. Und dies alte Preußen ist nicht verschwunden, sondern es lebt noch lebhaftig, in allen seinen Wesenszügen, die durch die ungeheuren Um-

wälzungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat unberührt geblieben sind.

Diese Gedächtnisperiode harret noch ihres Forschers und Darstellers. Die Aktenbündel der Archive, die vollen Aufschluß geben könnten, sind nicht erschlossen; das meiste Material stammt aus älteren Veröffentlichungen, die volle Klarheit nicht bringen und den Stoff nicht erschöpfen. Erst mit dem Sturz des preussischen Systems werden auch für die Geschichtsschreiber die Quellen zugänglich werden, die die letzten Geheimnisse aus der finsternen preussisch-deutschen Festungszeit lösen.

Als Friedrich Wilhelm III. von Preußen, der Sieger über den Erben der Revolution, in Paris einzog, äußerte er zur Gräfin Saint-Aulaire: „Et pour comble de malheur, j'ai encore du faire le Jacobin“ (Und zu allem Unglück habe ich noch den Jakobiner spielen müssen). Das sprach der Hohenzoller 1815, und die furchtbaren 25 Jahre der Regierung, die ihm noch beschieden waren, würden ausgefüllt von dem einzigen Bemühen: sich dafür zu rächen, daß er seine Untertanen in den Krieg gegen Napoleon nur mit dem Versprechen treiben zu können geglaubt hatte, aus der Befreiung der Fürsten würde auch die Befreiung der Völker entstehen: eine Verfassung. Die ganze Zeit bis zur Märzrevolution ist erfüllt von den Verwünschungen und Flüchen über das gebrochene Wort des Königs. Aber Friedrich Wilhelm III. dachte nicht mehr daran, den Jakobiner auch bloß zu spielen. Er rächte sich vielmehr an seinem Volke dafür, daß er ihm solche Versprechungen gemacht hatte.

Die deutsche Jugend war aus den Kriegen gegen Napoleon gewandelt zurückgekommen. Der feige und dumpfe Untertanengeist war verschwunden. Sie waren freiwillig hinausgezogen, und wer in Freiheit den Tod gewagt hat, verliert das Gefühl für die Notwendigkeit, sich nun wieder unter lauter Polizeiverordnungen decken zu müssen. Der preussische Polizeistaat hatte ein feines Empfinden für die Gefahren dieser Seelenstimmung, und er setzte sofort, nachdem Napoleon in St. Helena unschädlich gemacht worden war, mit einer Verfolgung der eigenen Volksgenossen ein, die so tödlich und niederträchtig, so roh und erbarmungslos war, daß die Sehnsucht nach der Fremdherrschaft bald erwachte. In den dem napoleonischen Einfluß unterworfenen Ländern hatte man doch wenigstens den modernen Rechtsstaat kennen gelernt, die Gleichheit aller vor dem Gesetz, das öffentliche Gerichtsverfahren, eine gesellig urteilende unabhängige Justiz. Nun brach wieder die Willkür der königlichen Verordnungen und der unbeschränkten Polizeiaktionen herein. Auch dort, wo das französische Recht in Kraft geblieben war — links des Rheins — erhoben sich bald die Proteste und verhallten wirkungslos, die sich gegen preussische Vergewaltigungen auf napoleonisches Recht und Gesetz beriefen.

Man kann zwei Perioden der politischen Bewegungen dieser Zeit unterscheiden. Die ältere, die gleich nach den Kriegen von 1813—15 einsetzte, und nicht ohne Zusammenhang mit den Geheimbündeleien gegen die napoleonische Herrschaft war, beschränkte sich auf die Kreise der Universitäten, auf Professoren und Studenten. Diese Bewegung war voll verstiegener Deutschtümelei, christlicher Mystik und puritanischem Kraftmetertum, in Zielen und Mitteln völlig unklar. Irgendwelche ernsthaftes Unternehmungen sind nicht begonnen worden. Man erschöpfte seine Kraft und Latenz in den Entwürfen feierlich verzwickter Statuten und dem Abfingen leidenschaftlicher Lieder, von denen man bisweilen das Gefühl hat, als ob sie von Lockspiegeln gereimt wären. Das eine Gedicht: Das deutsche Treibjagen, das mit den Verlen begann:

Erst hängt den Kaiser Franz,
Dann den im Siegestranz;
Vaterland ins Bewehr,
Ludwig der reimt nicht mehr —

hat ungezählte Opfer gefordert. In jedem Jahrlichen Turner wurde ein Umstürzler verfolgt, jeder Burschenschaftler — die Burschenschaften wurden nach dem Kriege als Organisation der nationalen Bestrebungen gegründet — galt als Hochverräter. Die furchtbaren Verwicklungen bestanden lediglich in ihren polizeilichen Entdeckungen. Verräter und Agenten trieben ihr verhängnisvolles Unwesen. Die unerhörte Grausamkeit und Willkür der Verfolgungen und Strafen sollten nur dazu dienen, das Umstürzgeheiß als begründet zu erweisen. Man tat so, als ob es höchst gefährlich für den Bestand aller Ordnung wäre, wenn man etwa im Jahrlichen Kreise Reden gegen „Schranzen und Vorgemachsblasen, Kuppelpeize und Wettergänse“ hielt. Man schrieb über Umsturz und Revolution, wollte aber in Wirklichkeit alle politische Reform im Staatsleben überhaupt verhindern. Das wurde offen ausgesprochen in den Protokollen der verruchten Mainzer Zentraluntersuchungskommission, die eingesetzt worden war, um unter dem Schein gerichtlicher Verhandlungen das Standrecht über die „Demagogen“ zu vollziehen. Da wurde die Äußerung eines Professors unter die revolutionären Pläne gerechnet, daß man Verantwortlichkeit der Minister, öffentliche Rechenschaft, öffentliche Rechnungsablegung über Staatseinnahmen und -ausgaben, Gleichheit vor dem Gesetz und Pressefreiheit erstreben müsse. Diese Mainzer Kommission, die bis Ende der zwanziger Jahre ihres Amtes waltete, war preussisches Gewächs; in ihr wurde preussische Polizeiwilktür zum schließlichen Wahrzeichen deutscher Rechtseinheit erhoben.

Preußen arbeitete schon damals für die deutsche Einheit auf die Art, die es seitdem bis auf unsere Tage gepflegt hat, für die Beugung Deutschlands unter seine Polizeidiktatur. Weil 1817 der Großherzog von Weimar das harmlose Wartburgfest der Burschenschaftler nicht unterdrückt hatte, erhielt er von dem preussischen Chef der Demagogenhege, dem Herrn v. Kampz, der es schließlich zum Ritter des Schwarzen Adlerordens, zum juristischen Ehren doktor der Universität Berlin, zum Ehrenbürger Berlins gebracht hat und beim Begräbnis Friedrich Wilhelm III. das Reichszepter trug, ein unverschämtes brodenes Schreiben. Dem Großherzog sei es „ohne Zweifel bekannt, daß ein Haufen verwilderter Professoren und verführter Studenten auf der Wartburg mehrere Schriften öffentlich verbrannt“ hätten. Mit der weimarischen Pressefreiheit sei eine durch Feuer und Mistgabeln, von Schwärmern und Unmündigen verübte Zensur und ein terroristisches Verfahren gegen die Denk- und Pressefreiheit in andern Staaten gewiß nicht vereinbarlich. Die notwendigen Folgen solcher Frevel lägen klar, auch wenn die Geschichte Frankreichs nicht lehre, daß „das Feuer, welches zuletzt den Thron ergriff, von dem Scheiterhaufen ausging, welchen ausgelassene Demagogen den für den Thron erschienenen Schriften früher bereitet hatten.“ Kampz verlangte Maßregelung der beteiligten Seneser Professoren und Studenten.

Noch hielten die deutschen Fürsten dem preussischen Terror stand. Der Großherzog von Weimar und seine Regierung lehnten die preussischen Ansprüche ab. Dann aber kam das erwünschte Attentat Sands auf Rogebue, und nun gab es keinen Widerstand mehr. Im Verein mit Österreich wurde ganz Deutschland unter die Schreckensherrschaft des Henkers und Kerkermeisters gezwungen. Die Karlsbader Beschlüsse verboten alle Verbindungen, verhängten über die Universitäten die Polizeiaufsicht, strangulierten die Pressefreiheit.

Der Diamantenkoffer.

Erzählung aus Rußlands Revolutionstagen.
Von Friedrich Zehme.

4. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Wissen Sie, wo ich herkomme, Herr Didier?“
„Nun?“
„Gerademwegs aus dem Polizeibureau. Ich wurde auf dem Wege hierher verhaftet — Gott weiß, für wen man mich ansah oder nach wem sie sahn deten. Gerade als ich ur die Ecke der Zekaterinenstraße bog, brachen einige Polizeibeamte aus einem Versteck hervor und fielen über mich her. Alle Versicherungen blieben fruchtlos — sie schleppten mich nach dem Polizeiamt, wo ich fast zwei Stunden gefesselt habe. Wer weiß, was geschehen wäre, wenn nicht Herr Orlov gekommen wäre, der mich erkannte und sofort in Freiheit setzte.“

„Das war ein Glück im Unglück.“ höhnte der Juwelier. „Sie hätten sonst womöglich Tage auf Ihre Freiheit warten müssen. Haben Sie kein Gedächtnis bei sich?“

„Ich habe absichtlich nichts mitgenommen. Brauche ich etwas, kann ich es mir kaufen. Wie steht es mit dem Paß?“

„Er liegt bereit. Der Polizeileutnant hatte zwar alle Hände voll zu tun, da es sich jedoch um eine in wenigen Minuten zu erledigende Formalität handelte, war er mir gern gefällig. Er billigte meine Absicht vollkommen.“

„Und wenn er Mar — Fräulein Marguerite bei seinem nächsten Besuch noch vorfindet?“

„So hat sie sich im letzten Augenblick geweigert, Sie zu begleiten. Mit der Schiffsgelegenheit paßt es ebenfalls vorzüglich. Der englische Dampfer Viktoria fährt morgen oder vielmehr heute um sechs Uhr in See — es wird keine Schwierigkeiten haben, den Kapitän zu vermögen, Sie an Bord zu nehmen. Somit wären alle Hindernisse beseitigt, es kommt nur darauf an, daß Sie das Schiff ungehindert und unbenutzt erreichen. Brechen Sie ganz zeitig auf — Sie nehmen den Weg durch die hintere Pforte und den Garten. Der Koffer ist ebenfalls fertig gepackt — probieren Sie einmal, er ist nicht schwer.“

Albert hob den Koffer in die Höhe.

„Nicht im mindesten — er erregt absolut keinen Verdacht.“

„Nicht wahr? Es sind ja alles leichte Gegenstände — und die Geiz habe ich fortgelassen, damit sie nicht zu viel Raum in Anspruch nehmen. Man verwahrt ja auch nicht lauter Kleider in solchem Reisebehälter, sondern auch Schuhwerk, Sammelgegenstände und andere Dinge, die mehr Gewicht haben. Vergessen Sie nicht die Sicherungen, die ich hier für Sie bereit gelegt, für den Fall Sie irgendwo logieren oder auch für das Schloß Ihrer Kabine auf dem Schiffe. Und nun lassen Sie uns noch ein Stündchen schlummern, wenn auch nur hier in den Sesseln — Sie brauchen unterwegs Ihre ganze Kraft, um die nötige Wachsamkeit üben zu können.“

Albert erklärte sein Einverständnis und schlief bald, müde wie er war, sanft und fest. Der Juwelier dagegen „dämmerte“ nur, wie man zu sagen pflegt. Seine innere Angst ließ ihn, dem die Sorglosigkeit der Jugend abging, nicht zur Ruhe kommen, und war er wirklich eingenickt, so schreckte ein qualvoller Traum ihn wieder empor, worauf er stets mit einer Miene des Schreckens noch seiner Uhr sah.

„Halb fünf“, rief er endlich, und rüttelte den Arm des Schlafers. „Lieber Albert, so leid es mir tut — eh — eh — ich muß Sie Ihrem Schlummer entreißen. Kommen Sie.“

Der Brotkurier sprang rasch auf — er gehörte zu denjenigen Menschen, die nicht erst durch einen Zustand längerer Schlaftrunkenheit hindurchgehen, bevor ihre volle Geistesgegenwart und ihre Aktionsfähigkeit wiederkehrt. Mit einem Taschenmesser brachte er in wenigen Augenblicken sein Haar in Ordnung, er rückte seine Kleider zurecht und griff dann mit so ruhiger Miene, als gelte es nur eine kurze Geholungsbreite anzutreten, nach dem Diamantenkoffer.

„Wieviel ist drin?“ forschte er lächelnd.
„Für 1800 000 Francs, lieber Albert — da nehmen Sie die Schlüssel — ich habe zwei Patentschlösser verwendet, jedes von anderer Konstruktion. Und hier sind die Papiere — und die Sicherungen — stecken Sie alles ein. Heute noch geht ein Brief an meinen Bruder ab, der Ihre Ankunft anzeigt, mit der hoffentlichsten Meldung des Zwecks Ihrer Reise. Die Adresse kennen Sie ja genau — and nun —“
Ein leises, schüchternes Klopfen an der Tür unterbrach ihn.

„Das ist sicherlich Marguerite“, flüsterte er lächelnd. „Das edle Mädchen ist in großer Sorge um Sie und will Sie nicht ohne Abschied ziehen lassen.“

Es war in der Tat Marguerite, die schöne Tochter Didiers, die mit einem Leebreit in den Händen verlegen und völlig angekleidet hereintrat. „Vergessen die Herren — ich dachte, es wäre nicht gut von uns, Herrn Wiegand ohne eine Morgenstärkung ziehen zu lassen.“

Und mit holder Röte im Gesicht setzte sie das Tablett mit dem aromatischen Getränk vor ihn hin.
„Wie gut, wie lieb Sie sind, gnädiges Fräulein!“ rief Albert enthusiastisch.

„Sagen Sie nur getrost Marguerite“, sagte wohlwollend der Vater. „Ihr nicht ja nun, daß ihr für einander bestimmt seid, Kinder.“

Mit eigener Hand füllte das reizende Mädchen dem Geliebten die Tasse, mit eigener Hand bedeckte sie die Brotstücke mit Butter und ihre kleinen Finger reichten ihm den Zucker. Der junge Mann, vor Entzücken fast aller Besinnung bar, aß und trank wie ein Träumender — dann stand er auf und reichte seinem Prinzipal und zukünftigen Schwiegervater zum Abschied die Hand.

„Gehen Sie mit Gott, lieber Albert — meine Gebete und Segenswünsche werden Sie begleiten!“ rief der Juwelier mit zitternder Stimme. „Wenn ich jemals einem Menschen, glückliche Reise“ von ganzem Herzen gewünscht habe, so ist es bei Ihnen der Fall!“

„Verlassen Sie sich auf mich“, entgegnete Albert. „Ihr Schatz soll sicher an den Platz seiner Bestimmung gelangen — ob ich selber“, mit einem Blick auf Marguerite verschluckte er den Rest seiner Worte — zögernd bot er der Geliebten ebenfalls die Hand.

In wortlosem Gram schauten beide einige Augenblicke einander an — dann öffneten sich wie unbewußt die Arme des jungen Mädchens, mit heiserer Zärtlichkeit umschloß sie den Geliebten und ihre Lippen berührten zum erstenmal schüchtern und doch voll Innigkeit die seinigen.
„Ich konnte dich nicht ohne Abschied ziehen lassen“, flüsterte sie mit erglühenden Wangen.

Einige Minuten später schloß sich die Gartenpforte hinter dem noch in halber Verwirrung befindlichen Träger des Diamantenkoffers.

(Fortsetzung folgt.)

**Komitee- und
Kommissionssitzungen**

**Arbeiter-Radfahrer-Verein
Lübeck.**

Komiteesitzung
am Dienstag, 8. November,
abends 8 1/2 Uhr,
bei J. Mohr, Sundestr. 101.

D. M. V.

Dienstag abends 8 1/2 Uhr (präzise):
Komitee-Sitzung
im „Gewerkschaftshaus“

Für die vielen Glückwünsche und
Geschenke anlässlich unserer Ver-
mählung sagen allen besten Dank.
L. Giesfeldt u. Frau, geb. Meyburg.

Am 5. ds. Ms. starb nach kurzer
Krankheit der Hauszimmermann

F. Kettwich
im Alter von 71 Jahren.
Dieses zeigen tiefbetrübt an
Frau Schöning und Kinder.
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, dem 9. ds. Ms., nachmittags
2 Uhr, von der Kapelle Vorwerk
statt. Trauerfeier 1 1/2 Uhr.

Zu sofort oder später: Mehrere
freundl. Wohnungen vor d. Mühlentor
sehr billig an ordentl. Leute.
Näheres bei Schnepel, Wasserweg 2.

Zwei Klempnergehilfen
zu sofort gesucht.
J. Westphal, Baukempnerel.
Gna-4swisch 16.

Selbst. arbeit. Waschfrau,
sauber und freundlich, gesucht.
Nachwehr-Allee 26.

Empfehlungsarten ::
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Arbeiterinnen

für die Marinieranstalt
gesucht
Aug. Schumacher
Ernestinenstraße 8.

Gebr. Trittnähmaschine,
sehr gut wärend, Hand- u. Fuß-
betrieb für nur 30 Mk.
Schwartauer Allee 90.

1 gut erhalt. Kachelherd billig zu
vert. St. Annenstr. 18. part.

4 Stühner und Sahn
(Stallener) zu verkaufen
Sebaustraße 10a.

Blumentöpfe

in allen Größen, von 5 Pfg. an bis
4 Mk. empfehle

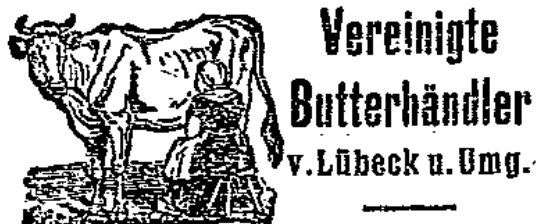
Hans Pichelmann,
Untertrape 67.

Fischmehl

hat abzugeben
Aug. Schumacher,
Ernestinenstr. 3.

**Nähmaschinen-
Hinrichsen**
Beckergrube 70

repariert am besten Nähma-
schinen unt. 2 Jahre Garantie.



**Vereinigte
Butterhändler**
v. Lübeck u. Umg.

Allerfeinste Meiereibutter

kostet Pfd. **1.40** Mk.

Waldschule Lübeck-Westoe.
3. Gaden-Verzeichnis 1910.
Loge 7. Füllhorn Nr. 30, Sühne-
geld 30, Wachsmund-Stiftung 200,
Bäckermstr. Gl. 5, Fr. E. u. M.
H. L. 10, Fr. St. 32, Oberförster
R. W. 5, Fr. W. 60, S. 3, R. S.
10.50, Th. R. 10.50, Bäckermstr. 5,
Aug. S. 6, Johs. S. 5, Lehrer,
Marktstr. 3, St. Lorenz-Verein 30,
Fr. Chr. 5, Johs. S. 5, Sammel-
büchsen 104 94 (davon die Hälfte an
die Erholungsstation) 52.47. Sa.:
449.07. St. Gaden-Verzeichnis Nr. 1
und Nr. 2 2424.42. Insgesamt:
Mk. 2872.49. Für diese Gaden
danken wir herzlich. Weitere
Spenden sind sehr erwünscht und
werden jederzeit gerne entgegen ge-
nommen.
Die Waldschul-Kommission.

Kansa-Theater

Täglich abends 8 1/2 Uhr.
Gastspiel des Original

Parisiana-Ensembles,

mit den bekannten Schlagern:
Turkeheimnisse

Schwank in 1 Akt von Neidhardt.
Verbotene Frucht

Interieurstück in 1 Akt v. Provinz.
Ein wenig Musik

Stück in 1 Aufzug von Cronier.
Loos Nr. 33

Schwank in 1 Akt von W. Ascher.
Seit Monaten in Hamburg
Tagesgespräch. In Berlin täglich
vor ausverkauften Häusern.

Vorverkauf bei Sager.
Vorzugskarten haben nur
wochentags Gültigkeit.

Neues Stadttheater.
Montag, 7. Novbr. 7 1/2 Uhr:
Vol-Abb. 46. Montag-Abb. 8

Die Stützen der Gesellschaft.
Schauspiel von Henrik Ibsen.
Dienstag, 8. Novbr. 7 1/2 Uhr:

Die lustigen Weiber v. Windsor
Oper von Otto Nicolai.
Mittwoch, 9. Novbr. Abends 8 Uhr:

**Bei kleinen Preisen!
Die Förster-Christl.**
Operette von Georg Farno.

Arbeiter = Bildungsverein Lübeck.

Mittwoch, den 9. November, abends 8 1/2 Uhr:

Reuter-Feier

bestehend in einem Vortrag über Fritz Reuter, sowie Rezitationen
aus seinen Werken
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.
Eintritt frei!

Vorstellung im Neuen Stadt-Theater
am Sonntag, dem 13. November 1910,
nachmittags 2 1/2 Uhr präzise.

Stützen der Gesellschaft.
Schauspiel in 4 Akten von Henrik Ibsen.
Preis der Karte 60 Pfg. inkl. Garderobe.

Die Auslosung der Plätze erfolgt am Freitag, dem 11. November,
und Sonnabend, dem 12. November 1910, abends von 7-9 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.
Karten sind an den bekannten Stellen zu haben.

Der Vorstand.
Die Genossen, welche im Besitze von Karten sind, werden höflich ersucht,
mit denselben am Mittwoch abend im Gewerkschaftshaus abzurechnen.

Bekanntmachung.

Wir beehren uns hierdurch anzuzeigen, daß wir den Vertrieb unseres
echten Malzbieres

(Maiz-Extrakt-Gesundheitsbieres)
für Lübeck der
Bierverlags-Gesellschaft G. m. b. H.

Mengstraße 4, Fernsprecher Nr. 802

übertragen haben.
Unser echtes Malzbier ist alkoholfrei, aber extraktreich und
ärztlich vielfach empfohlen. Es ist ein Kräftigungsmittel 1. Ranges
und infolge seines süßen Malzzucker-Geschmacks, der allein auf seinem
starken Malzgehalt beruht, das Idealgetränk für Frauen, Kinder,
Blutarme, sowie für Liebhaber eines süßen Bieres.

Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß das Bier ein
reines Malzbier ist, das nur aus Malz und Hopfen im regelrechten
Brauverfahren ohne irgend welche Zusatzmittel hergestellt wird und
das sich monatelang hält, nicht zu verwechseln mit den unter diesem
oder ähnlichen Namen ausgebotenen, mit Zucker versetzten leichteren Bieren.

Wir bitten Sie ergebenst, einen Versuch mit unserem echten Malz-
bier zu machen. Bei Abnahme von 10 Flaschen (Originalfüllung der
Brauerei) liefert die Bierverlags-Gesellschaft, Mengstraße 4,
das Bier für 20 Pfg. pro Flasche frei Haus.

Dresden, im Oktober 1910.
Societätsbrauerei Waldschlößchen.

Niederlagen, in welchen das echte Malzbier pro Flasche für 20 Pfg.
abgegeben wird, befinden sich bei folgenden Herren:

P. Wachsmuth, Fischstr. 16, Ad. Danielsen, Moislinger Allee 26,
Fiedler J. Behm, Hanfsstr. 97, G. Trost Nachf., Fackelb. Allee 55c,
Chr. Piel, Greveradenstr. 9, H. J. Uter Nachf., Schwartauer
Allee 31, H. Wulf, Drögestr. 11, R. Benning, Cronsförder Allee 6a,
Chr. Ulrich, Genierstr. 33, Johs. Ehmecke, Gartenstr. 23, Fr. Jenkel,
Fisch-Neuterstr. 2, P. Kreuzfeldt, Traveimannstr. 21, H. Storm,
Bäckerstr. 11, A. J. H. Fick, Wafenstr. 5c, R. Büsen, Arnim-
straße 1a, H. Uter Nachf., Wollstr. 7, G. Müller, Stralsd. Allee 25.

NB. Zum Ausschank gelangt das echte Malzbier im **Café Bern-
hardt, Fackelburger Allee 9.**

Bierverlags-Gesellschaft Mengstraße 4.
Fernsprecher 802.

**Der Neue-Welt-
Kalender 1911**

ist erschienen und zum Preise
von 40 Pfg. zu beziehen durch

die Buchhandlung von
Friedr. Meyer & Comp.,

=: Johannisstrasse 46 =:
sowie deren Kolporteurs.

Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Rückblick (mit Illustrationen). Die
Niedergeritenen - reiten, von H.
Ströbel. Ländarbeiterhoch, von
Otto Braum. Eine neue Waffe, von
Simon Katzenstein (mit Illustration).

Auf parteigeschichtlichem Boden in
Westdeutschland, von Dr. A. Com-
rad (mit Illustrationen). Revolution
in der Verkehrstechnik, von Felix
Liska (mit Illustrationen). Sport
und Arbeiter, von Dr. E. Silberstein
(mit Illustrationen). Zwei Ries-
steine (mit Illustrationen). Unsere
Toten (mit Porträts). Usw. Usw.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek.

Von der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“ sind bis jetzt
folgende Hefte erschienen und sehr zu empfehlen:

Heft 1. Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. Dr. Christeller.
Muß in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen
vorhanden sein.

Heft 2. Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein.
Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu em-
pfehlen.

Heft 3. Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr.
Hirschbach. Wer seine Nerven gesund erhalten
will, lese diese Anleitung.

Heft 4. Der Achtstundentag. Von Dr. Zadel. Eine ärzt-
liche Begründung der sozialdemokratischen For-
derung.

Heft 5. Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Mit besonderer
Berücksichtigung d. Leipziger Parteitagbeschlusses
betr. Schnapsbottott.

Heft 6. Das Schulkind. Von Dr. Silberstein. Die Kinder
vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck des
Büchleins.

Heft 7. Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten.
Von Dr. Gebert. Belehrend über diese für jeden
Menschen wichtige Frage.

Heft 8. Nahrung und Ernährung. Von Dr. Chajes.
Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und
seine Familie.

Heft 9. Wie sollen wir uns heiden? Von Dr. B. Bernstein.
Eine belehrende Abhandlung über diese wichtige
Frage.

Heft 10. Der Arbeiterschutz. Von Dr. M. Goltz. Mit
besonderer Berücksichtigung der Verfallthhygiene.

Heft 11. Frauenleiden und deren Verhütung. Dr. F. Zadel.
Mit einem Anhang: Die Verhütung d. Schwanger-
schaft. (Text-Illustrationen.)

Heft 12. Vom medizinischen Aberglauben. Dr. G. Zehring.
Eine lehrreiche Abhandlung für jedermann.

Heft 13. Das Wasserheilverfahren in der Gesundheits-
pflege des Arbeiters. Von Dr. S. Munter. Die
Anwendung des Wassers in gesunden und kranken
Tagen.

Heft 14. Verhütung und Heilung des Stotterns. Von
L. Jordan. Nebst einer Einleitung des Heraus-
gebers über Sprache und Sprachstörungen. Mit
fünf Text-Illustrationen.

Heft 15. Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie.
Von Dr. F. Markule. Allen Eltern warm em-
pfohlen.

Heft 16. Zähne und Zahnpflege. Von Gertrud Kewald.
Mit besonderer Berücksichtigung der gemeinlichen
Erkrankungen. Mit sieben Text-Illustrationen.

Heft 17. Bau und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers.
Von Dr. Christeller. Mit zahlr. Illustrationen.

Heft 18. Der Geschlechtstrieb. Von Eduard Bernstein.

Heft 19. Die Krankenpflege im Hause. Von Joh. Kanter-
Mannheim. Mit einer Einleitung vom Heraus-
geber Dr. Zadel, Berlin.

Heft 20. Die Profetierkrankheit. Von Dr. F. Zadel.

Heft 21. Atemgymnastik. Von Otto Kühle. Mit zahl-
reichen Illustrationen.

Heft 22. Haut- und Haarpflege. Von Dr. Chajes.

Heft 23. Wie schützen wir uns vor Herzerkrankungen?
Von Dr. Rehfisch-Berlin. Mit zahlr. Illustrat.

Heft 24. Die Hygiene der Arbeiterwohnung.
Jedes Heft kostet 20 Pfennig.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.
Auch nehmen unsere Kolporteurs Bestellungen entgegen.